



*Beratungsgegenstand:*

**Anträge zur zukünftigen Schullandschaft im Landkreis Uelzen**

*Sachbearbeitende Dienststelle:*

Schul- und Kulturred

*Datum*

23.10.2020

*Beratungsfolge (Zuständigkeit)*

Schulausschuss ( )

Kreisausschuss ( )

Kreistag des Landkreises Uelzen ( )

*Sitzungstermin*

12.11.2020

24.11.2020

15.12.2020

*Status*

Ö

N

Ö

**Sachverhalt:**

Im Rahmen der Schulentwicklungsdebatte liegen zwei Anträge vor.

Mit Schreiben vom 27.09.2020 haben die SPD, FDP, Die Linke und Grüne den beigefügten Antrag (s. Anlage) gestellt, der am 03.11.2020 vom Kreisausschuss in den Schulausschuss verwiesen wurde. Die bisher vorliegenden einzelnen Anträge der FDP, Bündnis 90/ Die Grünen und SPD zur Errichtung einer IGS und Realschule wurden zurückgezogen.

Nach diesem Antrag soll im Kreistag am 15.12.2020 Nachfolgendes entschieden werden:

„1. Der Kreistag möge die Einführung einer IGS zum nächstmöglichen Zeitpunkt beschließen. Über den genauen Standort entscheidet der Kreistag zu dem hier vorliegenden Antrag 3.

2. Der Kreistag Uelzen möge die Einführung einer Realschule mit Hauptschulzweig im Landkreis Uelzen zum nächstmöglichen Zeitpunkt beschließen. Über den genauen Standort entscheidet der Kreistag zu dem hier vorliegenden Antrag 3.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Zeitplan für die Abstimmungen in der Steuerungsgruppe, dem Schulausschuss und dem Kreistag vorzulegen, der einen konkreten Termin für Schulgründungen enthält und diese ermöglicht.“

Auf eine vorherige Betrachtung möglicher Auswirkungen der Beschlüsse zu 1. und 2. auf die bestehende Schullandschaft wird verzichtet. Seit der Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes zur Einführung der Oberschulen ist die Errichtung von Haupt- und Realschulen nicht mehr möglich. Es können lediglich selbständige Hauptschulen oder selbständige Realschulen errichtet werden. In den Oberschulen in Bad Bodenteich,

Suderburg und Uelzen erfolgt ab Klasse 7 (in Bad Bodenteich und Uelzen) oder Klasse 8 (in Suderburg) ein schulzweigbezogener Unterricht, d. h. es erfolgt eine Aufteilung in Hauptschule und Realschule.

Mit Schreiben vom 29.10.2020 ist ein gemeinsamer Antrag der CDU- und der UWG-Fraktion eingegangen (s. Anlage), nach dem der Kreistag folgenden Bildungspakt beschließen soll:

„1. Den Schulen im Landkreis Uelzen wird an den vorhandenen Standorten ein Zeitraum von sieben Jahren eingeräumt, um ihre Konzepte zu verfeinern und sich weiterzuentwickeln. Sie erhalten für diesen Zeitraum eine Standortgarantie.

2. In fünf Jahren soll eine erneute Evaluation der Schullandschaft stattfinden, die eine Bestandsaufnahme der gesamten Schullandschaft durchführt und zur Grundlage eventueller Beschlüsse dient.

3. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, einen Entwurf für eine Novelle der Schulbezirkssatzung vorzulegen, die es Schülerinnen und Schülern ermöglicht, je nach Angebot der Oberschulen, eine mit integrativem oder eine mit gegliedertem Angebot zu wählen. Die Schülerbeförderung ist durch den Landkreis bis zur nächsten Angebotsschule zu übernehmen.

4. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, eine Broschüre über die weiterführenden Schulen im Landkreis zu erstellen, in der Schulkonzepte vorgestellt und Bildungswege aufgezeigt werden, damit Eltern bedarfsgerecht handeln und ihre Schulkonzepte auswählen können.

5. Für die Ausstattung der Schulen legt der Landkreis Uelzen ein Sonderprogramm für die nächsten fünf Schuljahre in Höhe von 2,5 Millionen auf. Hiermit sollen außerhalb des Schulbudgets notwendige Investitionen in die Schulinfrastruktur geleistet werden (Lernmaterialien, Ausstattung des Schulraums etc.), um die Lernsituation in den Schulen zu verbessern.

6. Die Digitalisierung und die Nachhaltigkeit muss an allen Schulen ausgebaut werden. Fördermittel sollen vom Landkreis maximal eingeworben werden. Zusätzlich sollen aus dem Haushalt fünf Millionen in den nächsten fünf Jahren an Eigenmitteln zur Verfügung gestellt werden, um Pädagoginnen und Pädagogen sowie Schülerinnen und Schüler bestmöglich mit den Anforderungen der Zukunft vertraut und arbeitsfähig zu machen.

7. Die Raumbedarfe an den Oberschulen Ebstorf und Rosche werden kurzfristig realisiert, die Planung des BBS-Campus konsequent weiterverfolgt. Die Planungen sollen für eine Nachhaltigkeit der Bauten sorgen, als Beispiel dient die Planung für den BBS-Campus.

8. Gemeinsam mit der Niedersächsischen Landesschulbehörde sollen längere Vakanzen insbesondere in wichtigen Funktionsstellen der Schulleitungen sowie in den Kollegien der Schulen vermieden werden.“

Die Broschüre zu Nr. 4 ist bereits gedruckt und wird gerade verteilt.

In der Anlage sind weiterhin zwei Schreiben zur Errichtung einer IGS adressiert an den Schulausschuss beigefügt, welches im ersten Fall inhaltsgleich von weiteren Einwohnern vorliegt.

Weiterhin gibt es in der Anlage einen „Antrag“ von sechs Schulleitungen an den Schulausschuss.

**Beschlussvorschlag:**

ohne

**Anlagen:**

Gemeinsamer Antrag von SPD, FDP, Die Linke, Grüne auf ein strukturiertes Abstimmungsverfahren zur zukünftigen Schullandschaft

Gemeinsamer Antrag der CDU- und UWG-Fraktion zur Schulstruktur

Einwohnerschreiben zur Errichtung einer IGS

Einwohnerschreiben IGS II

Antrag von SL an Schulausschuss

Dr. Blume

# **Gemeinsamer Antrag von**

## **SPD, FDP, Die Linke, GRÜNE**

Herrn Landrat  
Dr. Heiko Blume  
Veerßer Straße 53  
29525 Uelzen

**Stadensen, 27.09.2020**

### **Antrag auf ein strukturiertes Abstimmungsverfahren zur zukünftigen Schullandschaft im Landkreis Uelzen**

Sehr geehrter Herr Dr. Blume,

die durchgeführte Elternbefragung hat einen Willen der Eltern zu einem vielfältigen Schulangebot im Landkreis Uelzen erbracht. Dieses soll demnach neben der KGS in Bad Bevensen und den bekannten Oberschulen an den bekannten Standorten auch eine IGS und eine Realschule enthalten soll. Schwerpunkt der Schullandschaft soll dem Elternwillen nach die Kreisstadt Uelzen sein.

Nun hatten verschiedene Parteien schon konkrete Standortvorschläge unterbreitet und sich damit festgelegt.

Andere Parteien lehnen eine Veränderung durchweg ab, obwohl unmittelbar nach Vorlage der Ergebnisse fast alle Fraktionen zugesagt hatten, den Elternwillen zu berücksichtigen.

Aktuell können Außenstehende den Eindruck gewinnen, dass die Kreispolitik es nicht schafft oder nicht willens ist, trotz des geäußerten Elternwillens, eine vertretbare Entscheidung herbeizuführen.

Wir sehen daher das von allen Fraktionen ausgegebene Ziel, über Veränderungen der Schullandschaft in einem strukturierten Verfahren zu entscheiden, massiv gefährdet. Diesen Eindruck gilt es zu widerlegen!

Trotz verschiedener Auffassungen gilt es, eine abschließende Entscheidung strukturiert und sachlich herbeizuführen.

Es erscheint uns daher notwendig, zeitnah ein Abstimmungsverfahren festzulegen, dass allen politischen Mandatsträgern die Möglichkeit gibt, sich unabhängig und frei,

SPD-Fraktion im Kreistag des Landkreises Uelzen  
Andreas Dobsław  
Vorsitzender  
Sportweg 19  
29559 Wrestedt

[spd.kreistag.uelzen@gmail.com](mailto:spd.kreistag.uelzen@gmail.com)

also nur dem eigenen Gewissen folgend, zu entscheiden und so ggfs. den Weg zur Umgestaltung der Schullandschaft zu ebnen.

Die antragstellenden Fraktionen und KTA beantragen daher, der Kreistag Uelzen möge auf seiner nächsten Sitzung im Dezember 2020 über die folgenden Anträge zu 1-3 entscheiden. Nach Vorlage der Ergebnisse zu Antrag 3 soll auf der Sitzung des Kreistages im März 2021 über die Anträge 4 und 5 entschieden werden.

Die antragstellenden Fraktionen und KTA beantragen:

1.

*Der Kreistag Uelzen möge die Einführung einer IGS im Landkreis Uelzen zum nächst möglichen Zeitpunkt beschließen. Über den genauen Standort entscheidet der Kreistag in gesonderter Abstimmung nach Vorlage der Ergebnisse zu dem hier vorliegenden Antrag 3.*

*2. Der Kreistag Uelzen möge die Einführung einer Realschule mit Hauptschulzweig im Landkreis Uelzen zum nächst möglichen Zeitpunkt beschließen. Über den genauen Standort entscheidet der Kreistag in gesonderter Abstimmung nach Vorlage der Ergebnisse zu dem hier vorliegenden Antrag 3.*

*3. Die Verwaltung wird beauftragt einen Zeitplan für die Abstimmungen in der Steuerungsgruppe, dem Schulausschuss und im Kreistag vorzulegen, der einen konkreten Termin für Schulneugründungen enthält und diese ermöglicht.*

*4. Der Kreistag Uelzen möge mit einfacher Mehrheit beschließen, ob sich der Standort der einzuführenden IGS in Uelzen (SPD), Ebstorf (GRÜNE) oder Bad Bodenteich (FDP) befinden soll.*

*5. Der Kreistag Uelzen möge mit einfacher Mehrheit beschließen, ob sich der Standort der einzuführenden Realschule in Suderburg (FDP) oder Bad Bodenteich (SPD) befinden soll.*

Ohne dieses strukturierte Verfahren würden die Ergebnisse der Elternbefragung und diese selbst ad absurdum geführt. Wir bitten Sie, diesen Antrag zeitnah in die Gremien einzubringen und zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

Für die

SPD-Fraktion

FDP-Fraktion

Die LINKE

GRÜNE Fraktion

SPD-Fraktion im Kreistag des Landkreises Uelzen  
Andreas Dobsław  
Vorsitzender  
Sportweg 19  
29559 Wrestedt

[spd.kreistag.uelzen@gmail.com](mailto:spd.kreistag.uelzen@gmail.com)

**Eilantrag****Gemeinsamer Antrag an den Kreistag Uelzen**

vom 29.10.2020

Die Fraktionen von CDU und UWG möchten auf die Schulentwicklungsdebatte reagieren. Gemeinsam sind sie der Auffassung, dass es eines Bildungspaktes für die weitere Entwicklung der Schullandschaft bedarf.

Die Antragsteller beantragen, im Kreistag folgenden Bildungspakt für den Landkreis Uelzen zu beschließen:

1. Den Schulen im Landkreis Uelzen wird an den vorhandenen Standorten ein Zeitraum von sieben Jahren eingeräumt, um ihre Konzepte zu verfeinern und sich weiterzuentwickeln. Sie erhalten für diesen Zeitraum eine Standortgarantie.
2. In fünf Jahren soll eine erneute Evaluation der Schullandschaft stattfinden, die eine Bestandsaufnahme der gesamten Schullandschaft durchführt und zur Grundlage eventueller weiterer Beschlüsse dient.
3. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, einen Entwurf für eine Novelle der Schulbezirkssatzung vorzulegen, die es Schülerinnen und Schülern ermöglicht, je nach Angebot der Oberschulen, eine mit integrativem oder eine mit gegliedertem Angebot zu wählen. Die Schülerbeförderung ist durch den Landkreis bis zur nächsten Angebotsschule zu übernehmen.
4. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, eine Broschüre über die weiterführenden Schulen im Landkreis zu erstellen, in der Schulkonzepte vorgestellt und Bildungswege aufgezeigt werden, damit Eltern und Kinder bedarfsgerecht handeln und ihre Schulkonzepte auswählen können.
5. Für die Ausstattung der Schulen legt der Landkreis Uelzen ein Sonderprogramm für die nächsten fünf Jahre in Höhe von 2,5 Millionen auf. Hiermit sollen außerhalb des Schulbudgets notwendige Investitionen in die Schulinfrastruktur geleistet werden (Lernmaterialien, Ausstattung des Schulraumes etc.), um die Lernsituation in den Schulen zu verbessern.
6. Die Digitalisierung und die Nachhaltigkeit muss an allen Schulen ausgebaut werden. Fördermittel sollen vom Landkreis maximal eingeworben werden. Zusätzlich sollen aus dem Haushalt fünf Millionen in den nächsten fünf Jahren an Eigenmitteln zur Verfügung gestellt werden, um Pädagoginnen und

Pädagogen sowie Schülerinnen und Schüler bestmöglich mit den Anforderungen der Zukunft vertraut und arbeitsfähig zu machen.

7. Die Raumbedarfe an den Oberschulen Ebstorf und Rosche werden kurzfristig realisiert, die Planung des BBS-Campus konsequent weiterverfolgt. Die Planungen sollen für eine Nachhaltigkeit der Bauten sorgen, als Beispiel dient die Planung für den BBS-Campus.
8. Gemeinsam mit der Niedersächsischen Landesschulbehörde sollen längere Vakanzens insbesondere in wichtigen Funktionsstellen der Schulleitungen sowie in den Kollegien der Schulen vermieden werden.

### Schulentwicklungsplanung ist Auftrag

Der ursprünglich von der UWG in die Kreistagsgremien eingebrachte Antrag zielt auf eine Evaluation der gesamten Schullandschaft ab. Die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes ist das Ziel. Die jetzt geführte Diskussion verliert diese ganzheitliche Bewertung und verkürzt sich auf die Schaffung einer IGS und eines Realschulangebotes, ohne den eigentlichen Ansatz des Antrages zu berücksichtigen. Die verschiedenen Akteure des Kreistages konzentrieren sich auf eine Standortdebatte, ohne die Folgen für die weitere Schulentwicklung und ihre Planung aufgrund von Wahlkampfaktik und ideologischer Maximen sehen zu wollen. Argumentiert wird mit dem Willen der Eltern, ohne das tatsächlich Wichtigste in der Schulpolitik zu berücksichtigen, die begabtgerechte Förderung der Schülerinnen und Schüler und der Auszubildenden. Wir diskutieren das große Ganze und nicht nur eine neue Schule und drei Standorte.

Eine Entscheidung über die Anträge sollte nicht ohne die Beteiligung von Kreiseltern- und Kreisschülerrat erfolgen. Diese Beteiligung ist gesetzlich vorgeschrieben. Eine Anhörung darf nur in einer angemessenen Zeit erfolgen. Es ist nicht davon auszugehen, dass sich die Gremien von Eltern und Schülern kurzfristig Stellung nehmen. Sie sollen sich die nötige Zeit nehmen, um fundiert zu den Anträgen der verschiedenen politischen Akteure Stellung zu nehmen. Die CDU und die UWG plädieren deshalb für eine Sonderkreistagsitzung zu dem Thema im Januar oder Februar.

Hektische Eingriffe in die Schullandschaft werden zu einer mehrjährigen Unruhe im System führen. Das dient nur der Kreispolitik, die lebhaft über Schulschließungen, Schülerzahlen und Angebote diskutieren wird. Denjenigen, die es tatsächlich angeht, den Schülerinnen und Schülern, hilft es nicht. Die Eltern werden verunsichert. Auf Landesebene leben sich neue Landesregierungen gern in der Schulpolitik aus und richten damit regelmäßig Chaos an. Dasselbe droht nun dem Landkreis Uelzen. Die CDU und die UWG wollen keine Destabilisierung eines gewachsenen und stabilen Schulsystems ohne Not. Wir stehen für Kontinuität und Weiterentwicklung mit Augenmaß, nicht ohne die Strömungen und Diskussionen zu berücksichtigen.

## **CDU und UWG wollen Bildungspakt**

Die CDU und die UWG werben, um diese Folge zu vermeiden, um einen Bildungspakt, der alle Schulen im Blick hält, der die Strömungen aus der Elternbefragung berücksichtigt und der eines möchte, die Qualität der Bildung verbessern. Dies ist nämlich eines der Oberziele des Landkreises, den sich die Verwaltung und die Kreispolitik vor fast zehn Jahren gegeben haben. Lebenslanges Lernen ist das Ziel, das nur mit einer stabilen Grundlage möglich ist.

Der Bildungspakt nimmt diesen langfristigen Gedanken auf und stellt die Qualität aller Schulen des Landkreises (allgemein- und berufsbildend) ins Zentrum. Er soll zum einen für die nötige Ruhe sorgen, damit sich Schulkonzepte entwickeln können, zum anderen soll das begabtgerechte Lernen gefördert werden. Die Ausstattung der Schulen wird so zu einem elementaren Teil des Paktes, der mit insgesamt 7,5 Millionen Euro in den nächsten fünf Jahren (ohne Baumaßnahmen), die Schulen für das nächste Jahrzehnt fit machen möchte. Neben verbesserter Einrichtung von Schulen soll insbesondere die Digitalisierung vorangetrieben werden. Alternatives Lernen in der Schule und zu Hause müssen durch Ausstattung gefördert werden, in den Schulen müssen Raumangebote vorgehalten werden, um eine lernfördernde Atmosphäre zu schaffen. Die persönlichen und schulischen Bedürfnisse der Lernenden sind ins Zentrum der Planungen zu nehmen.

## **Bildungsqualität ist entscheidend**

Mit dem Bildungspakt möchten CDU und UWG die Qualität der Schulen verbessern und den Lernenden ein adäquates Bildungsangebot bieten. Den Antragstellern ist es wichtig, eine breite Ausbildungsmöglichkeit zu schaffen, kleine und größere Schulen vorzuhalten und vor allen Dingen mehrere Bildungswege zu ermöglichen. Sie möchten das bestehende System verbessern und gleichzeitig die Ergebnisse der Umfrage berücksichtigen. Dies Alles ist mit dem Bildungspakt sichergestellt, der in fünf Jahren erneut evaluiert werden soll und zwar über die gesamte Schullandschaft.

## **Schwerpunkt der aktuellen Diskussion – die Oberschulen**

Obwohl die Schaffung einer neuen Schule erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Schullandschaft haben wird, konzentriert sich die aktuelle Debatte nur auf die Oberschulen. Es wird von den anderen politischen Akteuren verkannt, dass die Oberschule einen Rahmen gibt, den die einzelnen Schulen ausfüllen können. Die Oberschule ist ein offenes Konzeptangebot. Es steht den Schulvorständen völlig frei, ein integratives oder ein gegliedertes Schulsystem anzubieten. Dies tun die Oberschulen im Landkreis Uelzen längst, wenn es (leider) auch nicht öffentlich wird. In der – zugegebenermaßen – verunglückten Fragestellung des Elternfragebogens wurde undifferenziert gefragt, ob die Kinder an einer integrativ arbeitenden Gesamtschule angemeldet werden sollen und in einer zweiten Frage, ob die Kinder an einer Realschule angemeldet werden sollen. Eine Auswahl zwischen den Schulformen und der KGS und den Gymnasien oder gar einer Hauptschule gab es nicht. Das tatsächliche Ergebnis der Umfrage ist, dass es Eltern gibt, die



ein integratives Angebot wünschen und Eltern gibt, die ein gegliedertes Angebot wünschen. Beides können die Oberschulen im Landkreis Uelzen bieten.

### **Oberschulen bieten überragende Lernkonzepte**

Die Kreistagsabgeordneten haben rege Gebrauch davon gemacht, sich alle Oberschulkonzepte vorstellen zu lassen. Die Konzepte zeigen, dass an den Oberschulen hervorragende Konzepte gelebt werden. Die CDU und die UWG möchten auf diesem Wege den Schulleitungen danken, dass sie es möglich machen, je nach Größe der Schule und nach Konzepten, die Schülerinnen und Schüler differenziert zu beschulen. Die herausragende Arbeit der Pädagogen ist leider der Öffentlichkeit nicht ausreichend genug bekannt. Die Schwerpunkte der Arbeit in den Oberschulen sowie die integrativen bzw. gegliederten Konzepte bieten bereits jetzt eine hinreichende Differenzierungs- und Wahlmöglichkeit für die Eltern. Der Feinschliff der Konzepte hat in den letzten Jahren unter zwei Aufgaben gelitten – der Inklusion und der Integration. Die engagierten Pädagogen haben den Wunsch geäußert, sich weiterentwickeln zu wollen. Das sollen sie. Gleichzeitig möchten CDU und UWG die Möglichkeit eröffnen, ein integratives oder ein gegliedertes System zu wählen. Dies ist im bestehenden Angebot an Schulen möglich, dafür stehen die Antragsteller.

### **Umgestaltung der Schulbezirkssatzung notwendig – Infobroschüre gefordert**

Die Befragung der Eltern hat ergeben, dass der Wunsch besteht, für die Kinder eine integrative oder eine gegliederte Form der Beschulung zu wählen. Es muss eine Möglichkeit geschaffen werden, dies zu ermöglichen. Die Antragsteller fordern die Kreisverwaltung auf, die Schulbezirkssatzung so zu ändern, dass eine echte Wahlmöglichkeit für eine Oberschule besteht. Wählen kann nur der, der über alle Argumente informiert ist. CDU und UWG fordern deshalb die Erstellung einer Broschüre, in der alle weiterführenden Schulen im Landkreis (KGS, Oberschulen, Gymnasien, Berufsbildende Schulen) vorgestellt werden. Neben dem räumlichen Angebot müssen insbesondere die Lernkonzepte dargestellt werden.

### **Persönlichkeitsgerechte Förderung**

Vor diesem Hintergrund fordern die Fraktionen von CDU und UWG eine persönlichkeitsgerechte Förderung der Schülerinnen und Schüler. Es muss möglich sein, eine Schule in räumlicher Nähe des Wohnortes anwählen zu können oder Fahrzeit für ein Konzept oder höhere Bildungsmöglichkeit in Kauf zu nehmen. Für denjenigen, der kleinere Klassen und kleinere Schulen bevorzugt, muss es ein Angebot geben. Das stellen wir nur sicher, wenn die bestehenden Standorte bestehen bleiben. Elternwille ist gut, optimales Lernumfeld und begabtgerechte Förderung ist besser. Es geht um die Zukunft der Kinder.

## **Keine Experimente auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler**

Bestehendes verbessern ohne Experimente auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler auszutragen, muss die Prämisse des Bildungspaktes sein. Deshalb wehren sich CDU und UWG gegen eine Standortdebatte durch Schaffung einer neuen Schule. Schülerströme werden unkalkulierbar, Schulstandorte werden vor dem Aus stehen. Der aktuellen Debatte wird sich eine Schließungsdebatte anschließen. Das wollen die Antragsteller verhindern. Der Umstand, ob es eine Schule in zwei Jahren nicht mehr gibt, kann nicht zum Argument für die Auswahl der Eltern im Landkreis Uelzen sein. Stehen CDU und UWG für eine breite inhaltliche Bildungsmöglichkeit, könnte eine neue Schule mit Oberstufenangebot besonders schwerwiegende Folgen haben.

## **Angebot an Gymnasien, KGS und beruflichen Gymnasium müssen erhalten werden**

Die Errichtung einer neuen Schule mit Oberstufe wird in den bestehenden Gymnasien eine Verkleinerung der Bildungsangebote zur Folge haben. Zugunsten einer neuen Schulform werden Schülerinnen und Schüler an den bestehenden Standorten fehlen. Eine Reduzierung des Sprachangebotes oder des Leistungs- und Prüfungskursangebotes wird die Folge sein. Dies gefährdet die Gymnasien in ihrer Gesamtheit im Bestand. Das berufliche Gymnasium wird erheblich leiden, da die Übergangszahlen von den Oberschulen sinken, die Gymnasien selbst werden in von wenigen als Leistungs- oder Prüfungskurs gewählten Fächern (wie z.B. Musik), das aktuelle Angebot nicht aufrechterhalten können. Und die „neue“ Schule? Die wird möglicherweise nur eine Klasse zum Abitur bringen und so die Leistungs- und Prüfungsfächer quasi ohne große Wahlmöglichkeit vorschreiben müssen. Die Schwerpunktbildung der Abiturienten wird eingeschränkt. Einer solchen Folge soll Einhalt geboten werden.

Verbessern wir Bestehendes, investieren wir in Bildung der jungen Generation und nicht in unkalkulierbare, ideologische Experimente!

## **Schulen fit machen**

Mit einem beispiellosen Investitionspaket wollen CDU und UWG die Lernbedingungen verbessern. Zusätzlich zu den aktuellen Mitteln, sollen 7,5 Millionen Euro investiert werden. Zwei Drittel der Mittel sind für die weitere Digitalisierung vorgesehen. Es muss in allen Klassenräumen die Möglichkeit geschaffen werden, mit den neuen Medien zu unterrichten. Die Räume sollen so ausgestattet sein, dass sie ein optimales Lernumfeld schaffen. Keiner soll auf Stühlen und an Bänken sitzen, die Haltungsschäden verursachen. Jeder soll die Möglichkeit bekommen, sich in der digitalen Welt zurechtzufinden. Die finanzielle Situation der Familie darf nicht dazu führen, dass Einzelnen der Weg in das digitale Zeitalter verwehrt bleibt. Zudem sind auch die Pädagogen fit zu machen für einen digitalen Unterricht.

## Bauliche Maßnahmen unterstützen

Die CDU und die UWG werden in diesem Zusammenhang auch die bauliche Entwicklung an den bestehenden Schulen unterstützen. Die aktuell zu beratenden Anträge der Oberschulen in Ebstorf und in Rosche werden vorbehaltlos unterstützt. Das Sporthallenprogramm, welches der Landkreis aktuell abarbeitet, bietet ebenfalls bessere Bedingungen für die Schulen, es muss ebenso konsequent fortgeführt werden wie die Planung des neuen BBS-Campus.

## Bildungspakt ist Zukunft

Von den politischen Mitbewerbern wird der Bildungspakt angegriffen werden, weil er ihrer Ansicht nach die Einrichtung einer neuen Schule verhindert. Der von CDU und UWG angeschobene Bildungspakt ist viel mehr. Er ist ein konsequentes Statement für den Erhalt der aktuellen Grundstruktur mit einer Verbesserung der Wahl zwischen integrativen und gegliederten Konzepten im Bereich der Oberschulen. Hören wir auf, ideologische Diskussionen zu führen, entwickeln wir den Landkreis Uelzen zu einer Bildungsregion, in denen Menschen ihren Wohnort verlegen, weil es ein breitgefächertes Schulsystem gibt, das begabtgerecht fördert und den Kindern eine Zukunft in der Welt bietet.

Hierfür stehen die Fraktionsmitglieder der CDU und der UWG:



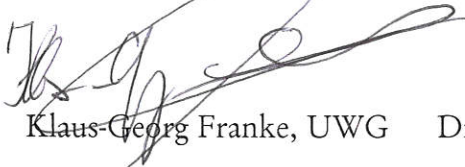
Uwe Beecken, UWG



Bernd Burmester, CDU



Hans-Jürgen Cordes, CDU



Klaus-Georg Franke, UWG



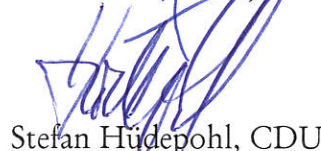
Dr. Günther Graf, CDU



Jörg Hillmer, CDU



Udo Hinrichs, CDU



Stefan Hüdepohl, CDU



Karsten Jäkel, CDU



Max Lemm, CDU



Jörg Martens, CDU



Alfred Meyer, UWG



Christian Mocek, CDU

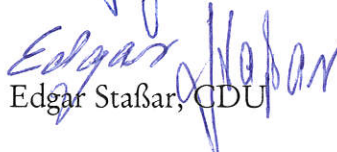
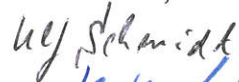


Ralf Munsterman, UWG




Hans-Heinrich Sackmann,  
CDU

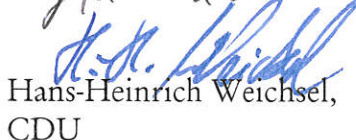
Ulf Schmidt, CDU



Edgar Staßar, CDU



Christopher Tieding, CDU



Hans-Heinrich Weichsel,  
CDU

Inga und Henning Janssen  
Burgstraße 7  
29556 Suderburg

Landkreis Uelzen  
z. Hd. Schulausschuss  
Veerßer Str. 53  
29525 Uelzen

Suderburg, 25. Oktober 2020

### **IGS im Landkreis Uelzen**

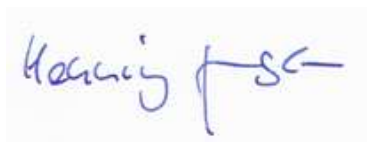
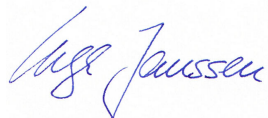
Sehr geehrte Damen und Herren des Schulausschusses,

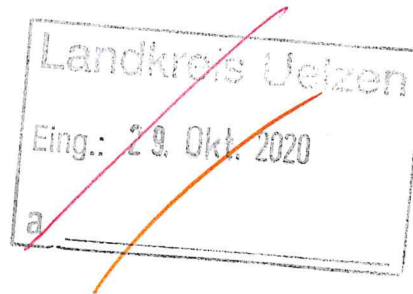
die Abfrage hat gezeigt: Es ist Zeit für eine IGS im Landkreis Uelzen!

Wir fordern die Politik auf, den Elternwillen umzusetzen und sich für die Einführung dieser Schulform mit den anderen Parteien an einen Tisch zu setzen. Leben Sie Demokratie und setzen Sie die Wünsche der Eltern um! Für die Zukunft unserer Kinder, für die Attraktivität des Landkreises!

**EINE IGS FÜR DEN LANDKREIS UELZEN – JETZT !!!**

Mit freundlichen Grüßen





Familie von Campen, Hof von Campen 1, 29394 Lüder

Landkreis Uelzen  
z. Hd. den Mitgliedern des Schulausschuss  
Veerßer Str. 53  
29525 Uelzen

EINE IGS FÜR DEN LANDKREIS UELZEN – JETZT !!!

Sehr geehrte Mitglieder des Schulausschusses,  
die Abfrage hat gezeigt: Viele Familien wünschen sich eine IGS im Landkreis Uelzen.

Auch wir würden uns über eine solche Schulform freuen, ist doch das Konzept ein zukunftsweisendes, sind die Entwicklung- und Entfaltungsmöglichkeiten für die Kinder größer und auch individueller.

Uns ist bei weitem nicht der höchstmögliche Schulabschluss für unsere Mädchen wichtig, sondern der Weg wie sie lernen mit dem puren Wissen umzugehen und es sicher und facettenreich einzusetzen. Dafür ist eine IGS die beste Möglichkeit.

Auch wenn die Standortfrage ein zweiter Schritt ist, möchte ich Ihnen zu bedenken geben, dass ein 10-jähriges Kind, das nach Uelzen zur Schule geht, hier in Lüder um ca. 6:30 Uhr am Bus steht. Unsere große Tochter ist noch Grundschülerin, aber schon jetzt bereitet mir das große Sorgen. Lüder ist an dieser Stelle nur exemplarisch für die vielen Orte an der Landkreisgrenze. Bedenken Sie in Ihrer Entscheidung auch die bestehenden Schulstandorte und blicken Sie genau auf die Abwanderungszahlen. Für unserer Familie wünschen wir uns grundlegend einen guten Schulstandort in erreichbarer Nähe.

Das politische Handeln in dieser Thematik ist beängstigend. Uns ist der Sinn von Partei und Fraktion wohl bekannt und trotzdem können wir in der Vorgehensweise keinen Willen erkennen, das Thema zum bestmöglichen Ziel zu führen.

Am Ende bleibt uns nur noch mal zu sagen, dass Sie um Emotionen nicht drum rum kommen. Handelt es sich bei Kindern doch um das sensibelste Gut einer Familie. Wir müssen unseren Kindern nicht alles recht machen aber wir möchten auch nicht, dass sie in dieser Debatte wie „Dinge“ behandelt werden. Jeder von Ihnen der selber Kinder hat, fühlt hoffentlich mit.

Zeigen Sie Mut und Innovation, wir hoffen das Beste!

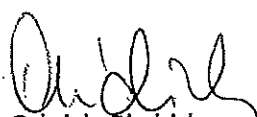
Wir bitten Sie um schriftliche Bestätigung, dass dieses Schreiben zur Kenntnis genommen wurde.

Mit freundlichen Grüßen

*Brigitte von Campen*  
*M. Langner*

**Gemeinsamer Antrag der Schulleiter\_innen der OBS Uelzen und Rosche, der KGS Bad Bevensen, der BBS I sowie des Herzog-Ernst- Gymnasiums und des Lessinggymnasiums vom 30.10.2020 an den Schulausschuss des Landkreises Uelzen**

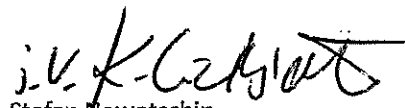
---



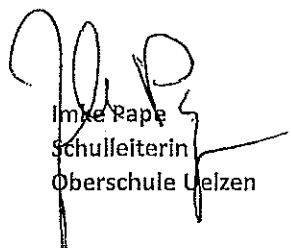
Gabriele Diedrich  
Schulleiterin  
Herzog-Ernst-Gymnasium



Sven Kablau  
Schulleiter  
Lessinggymnasium



Stefan Nowatschin  
Schulleiter  
BBS1 Uelzen



Imke Pape  
Schulleiterin  
Oberschule Uelzen



Rolf Seidler  
Schulleiter  
Integrierte Oberschule Rosche



Jens Wieckhorst  
Schulleiter  
KGS Fritz Reuter  
Bad Bevensen

## Antrag an den Schulausschuss

Der Schulausschuss verhandelt einen Antrag zur Gründung einer neuen Schulform (IGS) bei gleichzeitiger Gründung einer Realschule mit Hauptschulzweig. In diesem Kontext wird um die Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

### 1. Schülerbeförderung – Kosten und Schulwegzeiten

1.1 Wie hoch sind die derzeitigen finanziellen Aufwendungen für die Schülerbeförderung?

1.2 In welche Größenordnung werden sich die finanziellen Aufwendungen für eine zukünftige Schülerbeförderung mit zwei Angebotsschulen<sup>1</sup> im Landkreis unter Berücksichtigung der jeweils angedachten Standorte entwickeln?

1.3 In diesem Zusammenhang: Wie wirkt sich eine ggf. anliegende Schließung der Schule vor Ort (OBS) auf die Schulwegzeiten<sup>2</sup> aus?

### 2. Investitionen in Gebäude und Ausstattung

2.1 Wie viele Gelder sind in den vergangenen fünf Jahren in die aktuellen Bestandsschulen HEG, LeG, BBS 1/2, OBS UE, Bad Bodenteich, Suderburg, IOS Rosche, OBS Ebstorf investiert worden?

2.2 In welcher Höhe sind Investitionen in die Umwandlung einer der bestehenden OBS in eine IGS zu erwarten unter Berücksichtigung der verschiedenen angedachten Standorte UE, Ebstorf, Bad Bodenteich?

2.3 Was wird aus den zukünftig leerstehenden Schulgebäuden der ehem. OBS?

### 3. Schulstruktur

3.1 Eine weitere Angebotsschule (IGS) wird die Zahl der vorgehaltenen OBS vor Ort ebenso reduzieren, wie sie sich nachhaltig einschränkend auf die Zügigkeit und damit auf die Vielfalt der Angebote an den allgemein- und berufsbildenden Schulen auswirken wird.

Wird der Landkreis bei aufwachsender 2. Angebotsschule überhaupt noch zwei allgemeinbildende Gymnasien vorhalten wollen? Ist eine Fusion der beiden Gymnasien geplant oder die Schließung eines der beiden?

---

<sup>1</sup> Eine Angebotsschule ist eine Schule mit einer besonderen schulischen Organisationsform (IGS, KGS), die unabhängig von Einzugsgebieten von jedem Kind des Landkreises angewählt werden kann.

<sup>2</sup> OVG Lüneburg 2. Senat, Beschluss vom 27.03.2019, 2 ME 729/18, ECLI:DE:OVGNI:2019:0327.2ME729.18.00

§ 114 Abs 1 S 2 Nr 1 SchulG ND, § 63 Abs 3 SchulG ND, § 114 Abs 1 S 3 SchulG ND, § 114 Abs 3 S 1 SchulG ND, § 114 Abs 3 S 2 Nr 3 SchulG ND, § 114 Abs 2 S 2 SchulG ND, § 114 Abs 2 S 1 SchulG ND

## **Bündnis für beste Bildung**

Für die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Aufrufs hat beste Bildung für alle Kinder und Jugendlichen absolute Priorität. Alle Möglichkeiten müssen genutzt werden, um Kinder und Jugendliche auf ihrem Bildungsweg zu unterstützen. Dazu brauchen wir eine zukunftsfähige Schullandschaft, die den unterschiedlichen Lernbedürfnissen und den Wünschen der Eltern gerecht wird.

Für beste Bildung im Landkreis Uelzen fordern wir die Umsetzung folgender Punkte:

1. Alle Kinder und Jugendlichen müssen das Recht auf gleiche Chancen haben – unabhängig von Elternhaus, Wohnort, finanziellen Verhältnissen usw. Hierzu muss unter anderem eine qualifizierte Ganztagsbetreuung angeboten werden.
2. Der Elternwille muss ernstgenommen werden!
3. Wir brauchen ein breites, zukunftsfähiges Schulangebot. Dazu gehört auch, im Landkreis Uelzen eine integrierte Gesamtschule einzurichten.
4. Alle Schulen unseres Landkreises müssen exzellent ausgestattet werden – unabhängig von Größe und Schulform. Hierzu ist eine dem aktuellen Stand pädagogischer Konzepte angepasste Personalausstattung vorzuhalten, die auch den Anforderungen der Inklusion und adäquater Schulsozialarbeit gerecht wird.
5. Die räumliche und sächliche Ausstattung muss an sich verändernde pädagogische Ansprüche angepasst werden.
6. Die digitale Infrastruktur und Ausstattung sind schnellstmöglich auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen. Mittel des Bundes und des Landes werden im erforderlichen Umfang aufgestockt und zügig weitergeleitet.

Erstunterzeichnende:

**AWO Regionalverband Lüneburg/Uelzen/Lüchow-Dannenberg, Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Uelzen, Der Kinderschutzbund Ortsverband Uelzen, Der Paritätische Kreisverband Uelzen, DGB Kreisverband Uelzen, DIE LINKE Kreisverband Uelzen, FDP Kreisverband Uelzen, GEW Kreisverband Uelzen, Grüne Jugend Uelzen, Jusos Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg, Lebensraum Diakonie e. V./Diakonisches Werk Uelzen, SoVD Kreisverband Uelzen, SPD-Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg, WIR – Elterninitiative für eine IGS im Landkreis Uelzen**

**Uelzen, November 2020**

**ViSdP: Gabriel Siller, Sandberg 1, 29553 Bienenbüttel**